Zeitschrift: Rote Revue : sozialistische Monatsschrift
Herausgeber: Sozialdemokratische Partei der Schweiz
Band: 4 (1924-1925)
Heft: 4

Artikel: Arbeiterproduktivgenossenschaften in Italien
Autor: Por, Odon
DOI: https://doi.org/10.5169/seals-328913

Nutzungsbedingungen
Die ETH-Bibliothek ist die Anbieterin der digitalisierten Zeitschriften auf E-Periodica. Sie besitzt keine Urheberrechte an den Zeitschriften und ist nicht verantwortlich für deren Inhalte. Die Rechte liegen in der Regel bei den Herausgebern beziehungsweise den externen Rechteinhabern. Das Veröffentlichen von Bildern in Print- und Online-Publikationen sowie auf Social Media-Kanälen oder Webseiten ist nur mit vorheriger Genehmigung der Rechteinhaber erlaubt. Mehr erfahren

Conditions d'utilisation
L'ETH Library est le fournisseur des revues numérisées. Elle ne détient aucun droit d'auteur sur les revues et n'est pas responsable de leur contenu. En règle générale, les droits sont détenus par les éditeurs ou les détenteurs de droits externes. La reproduction d'images dans des publications imprimées ou en ligne ainsi que sur des canaux de médias sociaux ou des sites web n'est autorisée qu'avec l'accord préalable des détenteurs des droits. En savoir plus

Terms of use
The ETH Library is the provider of the digitised journals. It does not own any copyrights to the journals and is not responsible for their content. The rights usually lie with the publishers or the external rights holders. Publishing images in print and online publications, as well as on social media channels or websites, is only permitted with the prior consent of the rights holders. Find out more

Download PDF: 11.12.2025

ETH-Bibliothek Zürich, E-Periodica, https://www.e-periodica.ch

selbst unter den Kapitalbesitzern (Kursverluste infolge steigendem Zinsfuß) die Zinshausse begrüßt hat. Unter diesen Umständen erscheint uns eine Intervention um so mehr gegeben. Es kann auch von seinem Standpunkt aus nur ein Irrtum sein, wenn Herr Musy anderer Ansicht ist. Es sei denn, daß er sich innerlich von bedeutsamen Anschauungen Roms in bezug auf die Wünschbarkeit staatlicher Intervention ins Leben der Wirtschaft losgesagt hätte. Seine Antwort atmete nicht den Blumen- und Kerzenduft des vatikanischen Roms, in ihr siegte der Baumwolle- und Stahlgeruch von Manchester.

Arbeiterproduktivgenossenschaften in Italien.

Von Odon Por.

Wir bringen im nachfolgenden einen sehr bemerkenswerten Bericht eines hervorragenden Kenners des italienischen Genossenschaftswesens und besonders der Arbeiterproduktivgenossenschaften unseren Lesern zur Kenntnis. Es ist diese überaus interessante Seite des wirtschaftlichen Kampfes des italienischen Proletariats bei uns noch sehr wenig bekannt, und doch verdient sie und die wertvollen Erfahrungen, die sie gezeitigt hat, in der Schweiz alle Beachtung. Neu ist uns auch der Gedanke, die Produktivgenossenschaften zu staatlichen Organisationen zu erheben. Red.

Das Genossenschaftswesen ist eine der verbreitetsten Erscheinungen in Italien; das italienische Volk ist überhaupt kollektivistisch veranlagt, und wir können geradezu sagen, daß die Genossenschaft im Volkscharakter verankert ist, so daß sie einen hervorstechenden Faktor im Wirtschaftsleben bildet. Die Genossenschaftsbewegung in Italien hat in den letzten Jahren einen solchen rapiden Aufschwung genommen, daß es ganz unmöglich ist, eine vollständige Uebersicht über ihre Kräfte und Ausdehnung zu geben. Nach der neuesten amtlichen Statistik haben wir in den verschiedenen Produktions- und Verkaufszweigen ungefähr 15,000 Genossenschaften, die 3000 oder sogar mehr ländlichen Kreditgenossenschaften nicht inbegriffen.

Die Gesetze, unter denen Genossenschaften als solche eingetragen werden, enthalten viele Schlupflöcher, durch die zahlreiche unechte Genossenschaften zur Anerkennung durchgeschlüpft sind. Darum erkennen die lange bestehenden Genossenschaften obige Zahlen nicht an, da sie unzuverlässig sind, und verlangen vom Parlament eine genauere Durchführung der die Genossenschaften betreffenden Gesetze und deren strenge Kontrolle von seiten des Staates.

Die große Anzahl einzelner Genossenschaften erklärt sich aus der Tatsache, daß all die großen politischen Parteien in Italien, die von der Volksmasse, der Arbeiterklasse, ausgehen (die sozialistische, republikanische und katholische Volkspartei), einfach Gewerkschaften und Genossenschaften gründen müssen. Nur durch diese Körperschaften

können italienische Volksmassen dauernd für soziale Aktionen zusammengehalten werden. Dies muß man als Axiom hinnehmen. So kommt es vor, daß wir, sogar in den kleinsten Dörfern, einer Anzahl lokaler, bezirklicher und nationaler Genossenschaften begegnen, die von verschiedenen Gruppen gegründet wurden, und sie einschließen, die aber nicht durch ihr Wirken, sondern durch ihre Parteizugehörigkeit sich voneinander unterscheiden.

In vergangener Zeit hatte dieser Umstand zum Aufschwung der Genossenschaftsbewegung beigetragen und eine gesunde Konkurrenz hervorgebracht. Doch jetzt, besonders weil die Genossenschaften große Unternehmungen mit Staatscharakter geworden sind, bringt ihre große Anzahl nur Verwirrung und Uebergriffe hervor und schwächt ihre Fähigkeit, große industrielle Produktions- und Verkaufsaufgaben zu lösen.

Der gemeinnützige Charakter der Genossenschaften zeigt sich indirekt und direkt. Indirekt dadurch, daß sie dem öffentlichen Interesse dienen, da ihre Tätigkeit für öffentlich gehalten wird, z. B. durch Verminderung der Arbeitslosigkeit, indem sie Arbeiten in Angriff nehmen, die nicht von absoluter Notwendigkeit sind (z. B. in den genossenschaftlichen Farmen), wie auch überhaupt durch die Ausführung von Arbeiten, die im öffentlichen Interesse liegen, ohne einen Gewinn abzuwerfen u. a. m. Der gemeinnützige Charakter der Genossenschaften bestätigt sich auch darin, daß Körperschaften für den Staat öffentlichen Dienst übernehmen. Die Haupteisenbahnlinien in Italien z. B. gehören dem Staate und werden von ihm unterhalten, doch gibt es mehrere tausend Meilen lange sogenannte Sekundärbahnstrecken, die Privatgesellschaften gehören und ihnen unterstehen. Diese Bahnen nun werden außerordentlich schlecht geleitet, und der Staat muß sie übernehmen, um diesem Zustande abzuhelfen. Da aber der Staat sein Eisenbahnpersonal weder vermehren kann noch will und überhaupt seine schlechten Erfahrungen nicht noch mit anderen Privatgesellschaften vermehren will, so legt er der Sekundärbahngenossenschaft nahe, die Leitung solcher Linien zu übernehmen. Eine solche sogenannte Eisenbahngilde wurde bereits organisiert und umfaßt das ganze Bahnpersonal, bestehend aus Technikern, Arbeitern und Direktoren. Diese Gilde übernimmt die Leitung der Linien und schließt mit dem Staate Verträge ab, ist aber von dem Staatsbetrieb ganz unabhängig. Der Staat, als Vertreter des Volkes und als Eigentümer der Linien, übt nur seine Kontrolle aus. Teilweise herrscht auch dieses System im Schiffahrtswesen.

Zurzeit ist man daran, die Genossenschaften in ihren Verwaltungen zu reorganisieren, und in vielen Ortschaften vereinigen sie ihre Kräfte, wenn sie sie nicht sogar ganz vereinigen, um gemeinsam zu arbeiten. Hoffentlich wird bald eine genossenschaftliche Einheitsfront geschaffen werden, ganz besonders gegen die Zwischenhändler — doch auch überhaupt, um die Genossenschaft so gestalten zu können, daß sie ihre Tätigkeit auf ausgedehnter nationaler Basis und im Interesse des Gemeinwesens entfalten kann.

Der Staatscharakter der Genossenschaft, ihre daraus entspringende „Staatsdienstnatur", unterscheidet die Genossenschaft von der Gilde und führt die Reorganisation der Genossenschaften und die Umwandlung derselben in Gilden herbei. Wir sind jetzt in Italien inmitten der Phase der genossenschaftlichen und sozialen Umwandlung.

Wenn wir auch nicht eine volle Uebersicht der genossenschaftlichen Bewegung geben können, z. B. der verschiedenen politischen Richtungen, der Gewerkschaften und ehemaligen Soldaten, so wollen wir doch einen Blick auf eine besondere Abteilung der sozialistischen Genossenschaftsbewegung werfen*).

Eine günstige Gelegenheit gibt hiefür die in Rom (Ende Juni 1922) von dem Nationalen Verband der Produktions- und Arbeitsgenossen (N. V. P. A. G.) abgehaltene Konferenz, welcher Verband eine Sektion des nationalen Genossenschaftsbundes bildet. Der letztere umfaßt alle Arten von Genossenschaften, die mit der sozialistischen Bewegung verbunden sind. Im Januar 1922 traten ihm zirka 8000 einzelne Genossenschaften bei, die aus folgenden Kategorien bestehen: 3600 Genossenschaftsläden, 2700 Arbeitergenossenschaften, 700 landwirtschaftlichen und 1000 gemischten Genossenschaften. Es ist die älteste und stärkste nationale genossenschaftliche Körperschaft (gegründet 1886, mit 68 Körperschaften). Dieser Bund befaßt sich hauptsächlich mit der Propaganda, mit allgemeineren Problemen und stellt auch allgemeine Forderungen für die Bewegung auf. Er gibt die Resultate der Gesamtbewegung bekannt und übt auf die Regierung und das Parlament einen Druck aus, damit sie Gesetze im Interesse des Genossenschaftswesens einführen.

Der N. V. P. A. G. ist eine Wirtschaftskörperschaft, die die genossenschaftlichen Vereinigungen von verschiedenen Provinzen vereinigt. 42 Vereinigungen oder Verbände sandten zu dieser Konferenz zirka 800 Delegierte. Diese Vereinigungen sind provinziale (manchmal interprovinziale oder bezirkliche) Gesellschaften, die alle Zweige der Industrie, Landwirtschaft, Arbeit und des Verkaufes umfassen. Einige von ihnen haben sogar über 100 angeschlossene Vereine. Eigentlich üben sie ihre Tätigkeit nur innerhalb ihrer Provinzen aus, doch gliedert sie der N. V. P. A. G. aneinander und gibt ihrer Tätigkeit die einheitliche Richtung. Er behandelt hauptsächlich technische und finanzielle Fragen, die für alle von Bedeutung sind und greift bei solchen von weittragender nationaler Wichtigkeit direkt tätig ein.

Die produzierenden Genossenschaften in Italien sind eigentlich immer der gewerkschaftlichen Tätigkeit entsprungen und bilden daher

*) Es ist sehr bezeichnend, daß sogar die Faschisten, die an vielen Orten Genossenschaften zerstörten, „da sie, die sozialistischen, katholischen und republikanischen Genossenschaften, der Sitz von revolutionären und antinationalen Parteien sind", selbst Gewerkschaften und Genossenschaften gründen mußten, um für ihre Bewegung einen Halt zu finden. Wie schon oben erwähnt, ist in Italien die „Cooperativa" die unvermeidliche Form von Organisation und Aktion. Ihr Staatscharakter kann daher eine kurze Zeitlang von gewissenlosen Leuten für ihre eigenen oder Klasseninteressen ausgenutzt werden.

einen Teil der allgemeinen Arbeiterbewegung. Wie ein Genossenschafter ganz richtig bemerkte, stellen sie das vervollkommnete Produkt des einzigen Rohmaterials dar, das Italien im Ueberfluß besitzt: nämlich die Arbeitskraft. Sie entstanden aus Arbeiterkämpfen, und durch diese, sowie auch durch überwundene Hindernisse und Aufopferung haben sie sich emporgeschwungen und befestigt.

Oft haben Gewerkschafter, die auf die schwarze Liste kamen, Genossenschaften gegründet, um sich Arbeit und Unterhalt zu verschaffen; oft schufen die Gewerkschaften selbst landwirtschaftliche Genossenschaften, um der Arbeitslosigkeit zu steuern, die durch Mieter oder Eigentümer hervorgebracht wurde, die ihr Geld nicht in landwirtschaftlichen Verbesserungen anlegen wollten, welche nicht sofort Gewinn einbrachten. Von anderen Gewerkschaften wieder wurden Genossenschaften gegründet, um brachliegendes Land, das von Privateigentümern der Gemeinde abgepachtet wurde, zurückzufordern, zu übernehmen und zu bebauen. Noch öfters unternahmen die Gewerkschaften Genossenschaften, um die Zwischenhändler, die staatliche Arbeiten kontraktlich übernahmen, ganz auszurotten und dadurch den Ausbeutern des Staates, sowie der Arbeiter ein Ende zu bereiten.

Die Erfahrungen der ersten Arbeiterproduktivgenossenschaften, ihre Erfolge und Mißerfolge haben den folgenden zur Lehre gedient, so daß, während in früheren Zeiten eine Gruppe Genossenschafter ungefähr ein Jahrzehnt brauchte, um sich zu konsolidieren, wir jetzt das Beispiel mehrerer Gruppen besitzen, die sich nach ein paar Jahren schon kräftig entwickelten. Von der einfachen Arbeit, Kanäle zu graben oder Dämme aufzuwerfen, sind die Genossenschafter an einzelnen Orten zu leichteren Bauwerken übergegangen. Später übernahmen sie sogar die kompliziertesten, größten technischen Aufgaben und fühlten dann das Bedürfnis, sich in einem größeren Organismus zu gruppieren, den Vereinigungen, die durch ein Gesetz (1911) anerkannt und gebildet wurden. Diese Vereinigungen wurden mit der Zeit solch ansehnliche Körperschaften, daß sie mit den größten und besteingerichteten Privatunternehmungen konkurrieren können. In einigen Provinzen, so in der Provinz Ravenna, haben sie die Privatunternehmer vollständig verdrängt und kontrollieren die produktive Tätigkeit, indem sie für Behörden sowohl wie für Private arbeiten.

Hunderttausende von Arbeitern sind an diesen Genossenschaften direkt beteiligt, die sich jetzt in jedem einzelnen Zweige der Produktion und Arbeit bewährt haben. Von ihnen werden Brücken aus Stein und Stahl gebaut, private und öffentliche Gebäude, sowie ganze Gartenstädte, auch Landstraßen, Eisenbahnlinien und Häfen, Kanäle, Stahlkonstruktionen, Maschinen, Segel-, Last-, Linien- und Kriegsschiffe. In den Künsten und Handwerken sind sie zahlreich vertreten. Sie kaufen große Landstrecken an, die sie rationell bebauen. Man findet sie bei der Schiffahrt und dem Transportwesen. In kurzer Zeit haben sie ganze, vom Krieg arg verwüstete Gebiete wieder aufgebaut. Sie verstehen es, organisierte Arbeitskräfte von einem Ende des Landes ans andere zu bringen, wenn sie der Staat dort braucht.

Da die Arbeiter für diese ihre eigenen Unternehmungen mit Leib und Seele arbeiten und für sie viele Opfer bringen, so bringen sie Werke zustande, die sie in Privatbetrieben niemals ausgeführt hätten, da diese eine solche Mitarbeit gedungener Arbeitskraft kaum erlangen können.

Da eine solche Leistung viele Sonderinteressen bedroht, so ist es nicht zu verwundern, wenn die Produktivgenossenschaften viele Feinde haben. Die Kriegsgewinnler haben gegen sie einen Haufen Pöbel aufgehetzt, der viele Genossenschaften in Brand gesteckt hat. Die von ihnen unterhaltene Presse beschuldigt die Genossenschafter, den Staat hintergangen zu haben und antipatriotisch gesinnt zu sein. Trotzdem mußte z. B. (am 15. Mai 1922) der Minister für öffentliche Arbeiten im Parlament erklären, daß die Genossenschaften gute und lobenswerte Arbeit leisteten, „während ich schon mit Fällen zu tun hatte, worin Privatkontrahenten, zum Nachteile des Gemeininteresses und des Staates, unerlaubten Einfluß auf Bedingungen für ausgeschriebene öffentliche Arbeiten auszuüben suchten, indem sie sich im geheimen untereinander verständigten".

Bei einer im Jahre 1922 erfolgten Einbringung einer Gesetzesvorlage vor dem Parlament wurde festgestellt, daß das Genossenschaftswesen das beste Mittel sei, die Wirtschaftsformen und Anstalten, die sich als unfähig erwiesen haben, die vom Kriege aufgeworfenen Probleme zu lösen, vollständig zu erneuern und zu verändern. Weiter wurde erklärt, daß das Heer von Zwischenhändlern und Kriegsgewinnlern, das der Krieg erzeugt hat und das jedes Tätigkeitsgebiet verseuchte, nur von Genossenschaftern zurückgedrängt und vernichtet werden könnte, da sie nach ihrem Wesen überhaupt nach keinem Gewinn trachten.

Die Genossenschaften haben eine schöne Zukunft vor sich, weil eines ihrer Hauptmerkmale darin besteht, daß sie die ihnen anvertrauten öffentlichen Arbeiten gut, schnell und sorgfältig mit wirklich kleinem Nutzen ausführen. Die „Parlamentarische Kommission für Oeffentliche Arbeiten" (in der die Kapitalisten in übergroßer Mehrheit vertreten sind) stellte kürzlich fest, daß sie den Produktivgenossenschaften vor den Privatunternehmern den Vorzug gebe.

Der N. V. P. A. G. hat die Aufgabe, die große und vielgestaltige Tätigkeit anzuordnen, zu leiten und vor dem Staate zu vertreten. Wenn ein Verband eine Arbeit außerhalb seiner Provinz übernehmen will, so prüft der Nationale Bund die örtlichen Verhältnisse und ermächtigt den Gesuchsteller erst dann dazu, wenn auch die dortigen Organisationen damit einverstanden sind. In anderen Fällen wieder übernimmt der Nationale Bund Arbeitsverträge für große Werke und verteilt sie unter die einzelnen Verbände, wenn der Lokalverband nicht genügend ausgerüstet ist, um sie allein auszuführen. Auch befaßt sich dieser Bund mit solchen Gebieten, die noch keine Genossenschaften besitzen, nimmt Arbeiten an und organisiert dort Genossenschaften, um sie auszuführen.

Auch übernimmt der Nationale Bund den Austausch von Maschinen und Anlagen unter den angeschlossenen Gesellschaften, wodurch er deren volle und dauernde Ausnutzung herbeiführt und die Annahme und Ausführung der größten Werke, ohne Neuanschaffungen von Maschinen und Anlagen, erleichtert.

In jeder Provinz besitzt der Staat große öffentliche Bauten. In vielen Provinzen gibt es dafür gut eingerichtete Genossenschaften, um diese Bauten auszuführen. Wo sie jedoch zu klein oder gar nicht vorhanden sind, da greift der Nationale Genossenschaftsbund ein, um der Nachfrage des Staates nach Arbeitskräften, Maschinen und Leitungen zu genügen.

Das Handelsbureau des Genossenschaftsbundes kauft alle Maschinen und Rohmaterialien für ihre angeschlossenen Verbände, was, als Großeinkäuferin, zu sehr vorteilhaften Preisen geschieht. Sie hat seinerzeit auch einen umfangreichen Kontrakt mit der Italienisch-Amerikanischen Oelgesellschaft betreffs Lieferung von Oel unter günstigen Bedingungen abgeschlossen. Das gleiche Bureau organisiert den Verkauf von Erzeugnissen angeschlossener Vereine und ist im Begriff, zentrale Warenhäuser in verschiedenen Landesteilen zu errichten. Für die Genossenschaften bedeutet es eine Lebensfrage, gut einzukaufen und billig zu verkaufen, und die von dem Nationalen Genossenschaftsbund veröffentlichte Preisliste und seine Handelsnachrichten leisten ihnen gute Dienste.

Die technische Abteilung des Nationalen Genossenschaftsbundes verschafft den ihm angeschlossenen Vereinen technischen Beistand; seine Geschäftsleitung erleichtert auf jede Weise ihre Geldtransaktionen mit dem Staat oder den Bankhäusern.

Der Nationale Genossenschaftsbund besitzt eigene Ziegeleien und Steinbrüche, die er noch zu erweitern beabsichtigt, um kontrollierenden Einfluß auf den Rohmaterialienmarkt ausüben zu können.

So ist dieser Nationale Bund eine äußerst bedeutende Kraft, die die ganze Landesindustrie beherrscht, während seine einzelnen Verbände in ihrem Bezirke industrielle Gebilde von modernstem Typus sind, die jede Arbeit verrichten, von der geringsten bis zur künstlerisch vollendetsten.

Damit der Leser das gesamte Wirken der Genossenschaften vollständig erfaßt, wiederholen wir, daß die nichtsozialistischen Genossenschaften am Orte, in der Provinz und im ganzen Lande die gleiche Gestaltung, die gleichen Ziele und die gleiche Tätigkeit wie die sozialistischen aufweisen. Aus ihrer erst kürzlich stattgefundenen Gründung ergibt sich ihre geringere Anzahl und Stärke im Vergleich zu den sozialistischen. Im Verhältnis sind sie von gleicher allgemeiner Bedeutung, und die Konferenz — von sozialistischen Genossenschaftern — erkannte dies auch an und riet zum Zusammenwirken des ganzen Genossenschaftswesens, zur Vereinigung aller Genossenschaften, um sie als Mittel eines untrennbaren sozialen Fortschrittes zu gebrauchen.

* *
*

Die Konferenz behandelte alle diese Fragen sehr gründlich. Die Delegierten wiesen stolz alle Anschuldigungen (die Genossenschaften seien staatsfeindlich, saugten den Staat aus, erfreuten sich aber doch der Staatsgunst zum Nachteile der „berechtigten" Interessen der Privatunternehmer und -eigentümer) zurück und gaben ihrem Willen starken Nachdruck, dem Staate und dem Gemeinwohl zu dienen. Von allen Landesteilen ergab sich die gleiche Geschichte: In einem großen Gebiete bauten während des Krieges die Genossenschafter in großen Mengen „kontrolliertes" Getreide, wie Reis und Weizen, an, während private Gutsbesitzer, die ja der Volksbedarf nichts angeht, sich hauptsächlich mit dem Anbau solcher Erdfrüchte befaßten, die auf offenen Märkten möglichst hohe Preise erzielten. In anderen Gebieten, wo die tödliche Malaria herrscht und wo Privatunternehmer und Landeigentümer nicht hingehen und schaffen würden, haben die Genossenschafter Tausende von Aren schnell angekauft und sie bebaut, um so dem Volksbedarf nach erhöhter Produktion entgegenzukommen.

Dies ist ihre Vaterlandsliebe.

Ueberall versuchen die Genossenschaften, den Behörden Geld und Zeit zu sparen. Ein kürzlich stattgefundenes Begebnis mag diese Tatsache illustrieren: Es wird eine neue Eisenbahnlinie zwischen Pisa und Leghorn gebaut. Ein allgemein bekannter Privatunternehmer wollte sich vertraglich verpflichten, Erde für 165 Lire per Kubikmeter fortzuschaffen und gab an, daß dieser hohe Preis durch hohe Löhne und Arbeitsunzuverlässigkeit begründet sei. Bei der nächsten Ausschreibung erbot sich der Genossenschaftsbund, die gleiche Arbeit für 7 Lire per Kubikmeter durch seine lokalen angeschlossenen Verbände ausführen zu lassen. Dieser Preisunterschied ist also ganz gewaltig. Da solche Fälle in allen Industriezweigen häufig vorkommen und die Unternehmer zwingen, mit den Genossenschaften zu konkurrieren, so ist es ganz klar, daß letztere dem Staate jährlich Hunderte von Millionen Lire ersparen. Wären sie wirklich darauf ausgegangen, den Staat zu schröpfen, so hätten sie sich ja nur mit den Privatunternehmern zwecks Festsetzung der dem Staate abzufordernden Preise in Verbindung zu setzen brauchen.

In diesem Zusammenhang möge erwähnt werden, daß die bei solchen Arbeitsunternehmungen eventuell gemachten Gewinne eigentlich niemals unter die Genossenschafter verteilt oder zurückerstattet werden, sondern daß sie zu Reservefonds verwendet werden oder auch zur gegenseitigen Unterstützung, zu Ausbildungs- oder Reklamezwecken dienen. Viele Produktivgenossenschaften könnten wohl einige tausend Lire oder mehr ihren Mitgliedern jährlich auszahlen, doch ziehen es die einzelnen Anteilinhaber-Arbeiter vor, diese Summen, die für sie beträchtliche Beträge vorstellen, diesen ihnen zukommenden rechtlichen Gewinn in ihren Betrieben zu belassen, so zu Nutz und Frommen der Allgemeinheit.

Gegen die Anschuldigung, daß die Genossenschaften das Staatsfinanzamt schröpfen, daß der Staat sie durch die halbstaatliche genossen-

schaftliche Kreditbank finanziere, brachten die Delegierten zur öffentlichen Kenntnis, daß sie immer die gebräuchlichen Bankansätze für geliehenes Geld bezahlt haben und noch bezahlen. Sogar die Landwirtschaftsgenossenschaften müssen die gleichen Prozente bezahlen, wo doch jeder Fachmann weiß, daß heutzutage ein Privatpächter nicht mehr als 3½ bis 4 % Zinsen für Geld, das in landwirtschaftlichen Verbesserungen oder neuen landwirtschaftlichen Unternehmungen angelegt wurde, bezahlen kann. Die Genossenschaften jedoch suchen Geld sogar zu noch so schweren Bedingungen zu erlangen, weil sie unbedingt arbeiten und ihr Tätigkeitsfeld erweitern wollen, und sie zahlen diese Zinsen aus der persönlichen und besonderen Aufopferung einzelner Mitglieder.

Wenn es einer Genossenschaft schlecht geht, so verzichten die Arbeiter auf die Hälfte des ihnen zukommenden Lohnes, um die andere Hälfte in der Kasse zu belassen, bis bessere Zeiten sie ihnen wieder zuführt. In anderen Fällen erhalten die Arbeiter eine Hälfte ihres Lohnes in bar und die andere in Gutscheinen, die sie in den genossenschaftlichen Läden gegen Waren austauschen. Viele Arbeitergenossenschaften haben ihnen angeschlossene Konsumabteilungen. Einige besitzen auch Bankabteilungen, in die die Mitglieder ihre Ersparnisse einlegen.

Der Staat gibt jährlich Tausende von Millionen Lire für Privatunternehmen aus, und trotzdem sind diese letzteren auf das Genossenschaftswesen so eifersüchtig, daß ihnen das Kapital von 300 Millionen Lire der halbstaatlichen Genossenschaftsbank ein Dorn im Auge ist, da sie verborgene zukünftige Möglichkeiten in den Genossenschaften wittern. Tatsächlich aber sind diese 300 Millionen Lire total unzureichend, um die riesigen Geschäfte der Genossenschaften zu finanzieren, und die Genossenschaften haben im gegebenen Augenblick niemals Geld genug, obgleich ihnen der Staat große Summen schuldet, die er ratenweise und sehr langsam abzahlt.

Es ist sehr bemerkenswert, daß von den Tausenden Genossenschaften nur ganz wenige während der industriellen und finanziellen Krise der letzten Jahre (Nachkriegszeit) falliert sind, wogegen zahlreiche riesige Privatunternehmungen Bankrott gemacht haben. Dies ist ein Beweis für ihre Dauerhaftigkeit und die Tüchtigkeit ihrer Leiter. Jedoch leiden die Genossenschaften auch unter der Krise, da sie nicht genügenden Kredit erlangen können. Die Konferenz bittet daher die Regierung, den genossenschaftlichen Unternehmungen Beträge zu günstigen Bedingungen zur Verfügung zu stellen, da diese auch dem allgemeinen Staatsinteresse dienen.

Das Genossenschaftswesen wartet aber nicht tatenlos auf das Eingreifen des Staates. Es wurden viele Genossenschaftsbanken gegründet, welche Erfolge verzeichnen. Vor einigen Wochen wurde eine solche Bank in Florenz gegründet, deren meiste Anteilscheine von den dortigen Genossenschaften übernommen wurden und welche von ihren Mitgliedern in Raten, die von den ihnen zukommenden Löhnen zurückgehalten werden, einbezahlt werden. Die bei der Kon-

ferenz beteiligten Vertreter der Genossenschaftsbanken gründeten einen Verband dieser Banken, der die genossenschaftlichen finanziellen Quellen der Bewegung erfassen und sie dort rationell anzuwenden hat, wo sie am nötigsten gebraucht werden.

Die Konferenz verlangte vom Staate die Ausführung großer öffentlicher Bauten, Bewaldungen, Landankäufe, Kanalisationen und Hafen- und Eisenbahnbauten. Diese Arbeiten sollen nicht nur der zeitweisen Arbeitslosigkeit abhelfen, sondern sollen verborgene Landeshilfsquellen freilegen und dem ganzen Lande neuen Antrieb für das gesamte Wirtschaftsleben bringen.

Der Bankverband unterhandelt mit ausländischen Finanzleuten wegen beträchtlicher Anleihen, die für diese öffentlichen Bauwerke dienen sollten. Die Konferenz forderte die Regierung auf, diese Anleihen durch Staatsobligationen zu garantieren, da alle diese Arbeiten durchwegs der Allgemeinheit dauernd zugute kommen.

Die Konferenzteilnehmer, die ihr Hauptaugenmerk darauf richteten, der Arbeitslosigkeit zu steuern und das Genossenschaftswirken möglichst zu erweitern, befürworteten eine Initiative des Genossenschaftsbundes und anderer Arbeitervereine, große Wiederaufbauarbeiten in Frankreich, eventuell in Rußland unter der Kontrolle der daran beteiligten Regierungen in Angriff zu nehmen.

So sehen wir, daß die Genossenschaften sogar Initiativen ergreifen, also in Gebiete einfallen, die sonst eigentlich nur der Diplomatie eingeräumt waren. Diese Abkehr von alten Methoden wird im Laufe der Zeit eine Umstellung der Aemter nach sich ziehen, die von höchster Bedeutung ist, denn die Uebertragung großer Aufgaben wird allmählich nicht nur der Diplomatie zukommen, sondern auch anderen rührigen Körperschaften.

Die Konferenz nahm eine Entschließung an, das Parlament zu beauftragen, „das Wort Genossenschaft genau zu umschreiben und nur solchen Körperschaften zu erlauben, sich diesen Namen beizulegen, die ihrer Natur und Anlage entsprechend auch wirklich Profitgegner sind". Dies wird verlangt, um zu verhüten, daß gewissenlose Leute unter dem Genossenschaftsnamen sich verbergen können — was kürzlich vorkam — und sich nicht widerrechtlich das Ansehen verschaffen können, das sich diese grundehrlichen und lange bestehenden Organisationen während der letzten 40 Jahre erworben haben. Weiter wurde verlangt, eine genügende Staatskontrolle über die Genossenschaften einzuführen. Auch sollen geistig Schaffende, Techniker und Direktoren, das Recht erhalten, den Genossenschaften als ordentliche Mitglieder beizutreten.

Die Konferenz verlangte auch von der Regierung, den Genossenschaften vor Privatunternehmungen immer dann den Vorzug zu geben, wenn es sich um die Ausführung von Staatsbauten oder um Staatsverkäufe handelt. Diese Forderung ist an sich ganz berechtigt, denn die Genossenschaften haben schon bewiesen, daß die Güte, Menge und Preise ihrer Dienste und Erzeugnisse den Anforderungen der

Behörden voll entsprechen, was von Privatunternehmen nicht behauptet werden kann; daher ist es auch nicht nötig, sie mit Privatleuten immer erst konkurrieren zu lassen, sondern es liegt im Staatsinteresse, daß ihre Fähigkeiten dem Gemeinwesen erhalten bleiben, wenn ihnen der Staat dauernde Arbeit und dauernden Absatz ihrer Produkte zusichert.

Endlich verlangte auch die Konferenz Steuerfreiheit der genossenschaftlichen Gewinne, wenn diese nicht ausbezahlt, sondern dem Reservefonds zugewiesen werden, sowie auch dann, wenn sie der Unterstützung oder Fortbildung dienen.

Alle diese Forderungen entsprechen den tatsächlichen Bedürfnissen aller Zweige des Genossenschaftswesens, ganz gleich, welcher politischen Partei sie auch angehören. Ihre Verwirklichung würde durch die Ueberwindung vieler Hemmungen zu einer noch größeren Entfaltung genossenschaftlicher Kräfte führen. Und sie werden wohl auch verwirklicht werden, da eine Anzahl politischer Parteien sie unterstützen.

* *
*

Aus den angeführten Tatsachen und Schlüssen können wir leicht entnehmen, daß die Genossenschaftsbewegung in Italien aus ihrer primitiven Form und Tätigkeit herausgewachsen und nun im Begriffe ist, ein bedeutender sozialer Faktor zu werden. Kurz, wir können behaupten, daß sich die Genossenschaften in Gilden umwandeln, das heißt in selbständig tätige Körperschaften, die dem Allgemeininteresse dienen und der Kontrolle des Staates oder anderer das Volk vertretenden nationalen oder lokalen Vereinigungen unterstehen. Die Genossenschaften übernehmen öffentliche Aemter und Verantwortlichkeiten und führen eine — noch indirekte, später aber wohl direkte — Kontrolle über alle produktive und zuteilende Tätigkeit aus. Sie tragen das Kennzeichen ihres gemeinnützigen Wirkens, denn sie bestimmen die richtige Qualität, Quantität und den richtigen Preis aller Dienste und Waren sogar für Privatbetriebe und Privatleute.

Die Triebkräfte für diese Umwandlung sind der Gemeinsinn und das Gemeinwirken innerhalb der Genossenschaft. Ihre Geschichte beweist, daß mit der Erweiterung ihrer Tätigkeit sich auch ein Weitblick unvermeidlich einstellt. Die Genossenschaften haben in Vereinigungen kleiner Gruppen Produzenten und Konsumenten für den Verkauf und die Erzeugung von verschiedenen Waren und Feldfrüchten ihren Ursprung. Nach und nach erweiterte sich ihr Gesichtskreis mit Hilfe von ihren Verwaltungs- und technischen Angestellten und sicherten sich auf diese Weise den Erfolg. Jetzt legen sie immer weniger Wert auf Gewinn, denn sie wissen, daß ihr weiterer Erfolg nicht vom Gewinn, sondern von ihrer Leistungsfähigkeit abhängt. Sie bemühen sich daher, alle in den Gewerkschaften organisierten Arbeiter für sich zu gewinnen und sie zu ihren Mitgliedern zu machen, ebenso wie Kopfarbeiter und Handwerker. Sie führen eine immer größere Masse von Arbeitern in die Getriebe des Wirtschaftslebens ein und bringen ihm so eine bessere Erkenntnis des wirklichen Lebens und der Ver-

antwortung des einzelnen bei, welche Eigenschaften ihn erst zum wahren Bürger stempeln.

Gegenwärtig bilden die Menge und Güte der Massen, die in Genossenschaften organisiert sind, die Verschiedenart und Größe der Genossenschaftsunternehmungen, die darin gemachten technischen und Verwaltungserfahrungen einen solchen festen Interessenblock, daß schon ein tadelloses, ungestörtes Zusammenarbeiten ein nationales Problem an sich darstellt. Zu einem ordentlichen, fortschrittlichen Wirtschaftsleben gehört eben ein ungestörtes Wachsen und Gedeihen des genossenschaftlichen Wirkens.

Diese ungeheuer großen Betriebe, die über das ganze Land verteilt sind, beanspruchen nicht nur wegen ihrer technischen Einrichtungen, ihres Organisationstalentes oder ihrer Geschäftstüchtigkeit allgemeine Beachtung und Wertschätzung, sondern hauptsächlich auch wegen ihres offenkundigen Willens, nicht für Gewinn zu arbeiten oder zu produzieren, sondern für den Nutzen. Ihr Wille, dem Gemeinwesen zu dienen, ist ein Motiv, das von der Gemeinde (die von Gewinnlern arg belagert wird) nicht übersehen werden darf.

Ich war bewegt — da dies eine edlere soziale Zukunft andeutet —, auf dieser Konferenz zu hören, wie die Lösung aller Probleme, die auf den ersten Blick reine Geschäftsinteressen schienen, mit den Landesinteressen in vollen Einklang gebracht wurde; wie bekannte Redner und gänzlich unbekannte Organisatoren — Sozialisten, die beschuldigt wurden, keinen Sinn für ihre Nation zu haben und die Wirtschaftskörperschaften vertraten — hauptsächlich darauf bedacht waren, die von der Konferenz angenommenen Anträge entweder auf das Allgemeininteresse hin abzufassen oder dadurch die Genossenschaften zur besseren Arbeit für das Allgemeinwohl auszustatten. Kein einziger Vorschlag wurde ausschließlich im Interesse einer einzigen Bürgerklasse oder einzigen politischen oder beruflichen Kategorie abgefaßt.

Auf diese Weise hat die Genossenschaft, durch gewissenhafte Prüfung ihrer eigenen Tätigkeit und Leistungsfähigkeit, ihre Bereitschaft zur Ausübung öffentlichen Waltens erwiesen; sie hat sich der Nation zum Staatsdienst anerboten.

Nun liegt es an den Staatsbeamten, ihn zu benutzen und ihm eine Form zu geben, die ihm ein volles und rationelles Entfalten im Interesse der Volksgesamtheit erlaubt.

Durch ihre Erfahrungen sind sich die Genossenschafter ihrer Fähigkeiten bewußt geworden und haben ihre sozialen Motive vertieft. Sie fühlen sich jetzt für größere Leistungen reif, die nicht nur ausschließlich im Interesse ihrer eigenen Mitglieder oder der Arbeiterklasse liegen sollen, sondern den Interessen des gesamten Volkes im weitesten Sinne.

Ihre eigentliche Wirksamkeit — die natürlich sozial war, sich aber bis heute innerhalb begrenzter Gebiete erstreckte — zielt jetzt darauf ab, große soziale Funktionen zu übernehmen. Mit der Reife und Ausbreitung der Genossenschaften erweitert sich nun auch ihr ursprünglicher Gedanke der gegenseitigen Hilfeleistung zu dem festen Willen, nicht bloß einer einzelnen Bürgerklasse oder einem Ort zu

dienen, sondern dem allgemeinen ganzen Gemeinwesen. Wenn die Genossenschaftsbewegung sich ihre soziale Aufgabe nicht in einer weit entfernten und nebelhaften utopistischen Form bildet, sondern sie sich sofort in den täglichen Dienst der Gemeinschaft stellt, so ist es klar, daß sich neue Beziehungen zwischen ihr und der Gemeinschaft anbahnen müssen. Sollten nun der Staat und die Konsumenten solche neue Beziehungen nicht herstellen, so würde die Genossenschaft, zum Schaden der Gesamtheit, in ihren früheren Zustand als Körperschaft zurückfallen.

Die Genossenschaften wollen dem Volke dienen und haben ihre Bereitwilligkeit dafür bewiesen; doch können sie keinen anerkannten Volksdienst leisten, solange das Volk sie nicht anerkannt hat. Die Leistungen, die die Genossenschaften vollführen wollen, hängen aber auch von Umständen, von anderen Gruppen und Korporationen ab, die nicht in ihrer Macht liegen, so daß sie in enge Fühlung mit all diesen Faktoren kommen müssen.

Die zusammenwirkende Genossenschaft hat sich zu einer Einrichtung ausgestaltet, die nicht nur auf die Interessen ihrer jetzigen Mitarbeiter begrenzt ist, sondern im Interesse der Allgemeinheit waltet. Bleibt sie jedoch sich selbst überlassen, so wird sie einen Staat im Staate bilden und nicht einen ergänzenden Teil desselben; wogegen, wenn sie dem staatlichen Gebilde einverleibt wird, sie ihren sozialen Wert voll und ganz auslösen würde und könnte.

Die in einer Genossenschaft vorhandene Hingabe und Leistungsfähigkeit, die kooperativen Zielen zugute kommt, kann endgültig in solche für die Gesamtheit umgewandelt werden, natürlich wenn die Gesamtheit dies anerkennt.

Eine sich selbst überlassene Genossenschaft kann freilich für sich selbst weiterschaffen, aber das ist auch alles. Ihr besonders soziales Wirken würde aber machtvoll werden, wenn die Gemeinschaft ihr auf halbem Wege entgegenkäme.

Heute muß hauptsächlich die Gesamtheit und die sie vertretenen Körperschaften — das Parlament und die Regierung — sich mit der Zukunft der Genossenschaften befassen.

* *
*

Wenn wir diese Bewegung in allen ihren Teilen verfolgen und ihre Resultate mit denjenigen der letzten Revolutionen in Europa vergleichen, so kommen wir zu dem Schlusse, daß soziale Umwandlungen nur dann wirksam sein können, wenn der Kampf zwischen einzelnen Klassen oder Parteien eine solche Denkart, solche Fähigkeiten, Institutionen und Funktionen hervorbringt, die sich in materieller und geistiger Beziehung der Utopie nähern, für welche der Kampf entbrannte. Es klingt zwar paradox, ist aber nichtsdestoweniger wahr, daß eine Klasse, die für soziale Ziele kämpft, erst aufhören muß, eine Klasse zu sein, bevor sie diese Ziele erreichen kann. Sie erreicht sie, wenn sie Aemter und Einrichtungen für die Oeffentlichkeit schafft. Ihre öffentliche Tätigkeit und ihre öffentlichen Einrichtungen erheben

sie aus ihrer Klasse heraus auf ein höheres Niveau und verwandeln ihre Klassenneigungen in eine soziale Denkungsweise im weitherzigsten Sinne. — Die Methoden, durch welche diese konstruierten Erwartungen eine allgemeine (soziale) Wirklichkeit werden sollen, wie sie sich im Staate selbst auswirken sollen, können keine voreingenommene Idee oder Theorie zum Handeln bilden. Wir ziehen gewaltsame Methoden nicht den gesetzlichen vor oder umgekehrt, um den genossenschaftlichen Freistaat ganz zu verwirklichen; sie hängen in weitestem Maße von der Haltung derjenigen Klassen ab, die kein direktes und sofortiges Interesse an der Errichtung eines genossenschaftlichen Freistaates haben. Diejenigen aber, welche den kooperativen Freistaat wünschen, haben nichts anderes zu tun, als besagte Voraussetzungen zu entwickeln und sie im eigensten Interesse der Allgemeinheit unentbehrlich zu machen.

Gerade durch diese Entfaltung kann eine Lage geschaffen werden, die die Einverleibung der konstruierten Voraussetzungen in den Staat unvermeidlich macht, die das eigene Problem des Staates wird, sein Gleichgewicht und Dasein beherrscht; dann kann die wirksame soziale Umwandlung erfolgen, d. h. die Antizipationen können stabilisiert und eingerichtet werden und die vorherrschenden Merkmale im Staate und im Charakter und Leben der Bürger bilden.

Der Kapitalismus in Reinkultur.

Von Friedrich Heeb.

Aus der Feder des berühmten amerikanischen Schriftstellers Upton Sinclair ist vor einigen Monaten ein neues Buch in deutscher Uebersetzung erschienen, das sich seinem vor etwa 20 Jahren erschienenen Werke „Der Sumpf" würdig an die Seite stellt. Während aber der „Sumpf" mit rücksichtsloser Offenheit die schandbaren hygienischen Zustände enthüllte, die in den Schlachthäusern, Wurst- und Konservenfabriken Chicagos herrschten, leuchtet das neueste Buch in den nicht minder skandalösen und gemeingefährlichen Sumpf des kapitalistischen Erziehungswesens in den Vereinigten Staaten hinein. Upton Sinclairs Buch*) ist speziell nur dem wichtigsten und „vornehmsten" Teil des amerikanischen Schulbetriebes, den Hochschulen und Universitäten, gewidmet. Es ist betitelt „Der Parademarsch", weil die Mitglieder und Repräsentanten der amerikanischen Hochschulen, vom Rektor bis herunter zum letzten Studenten, im echt preußischen Stechschritt an ihren Herren und Meistern, den amerikanischen Multimillionären und Trustmagnaten, vorbeidefilieren, weil Sinclair in der Lage ist, nachzuweisen, daß die Ausbildung der 600,000 Studenten an den amerikanischen Universitäten von genau den gleichen Dollarfürsten geleitet und kontrolliert wird, die das gesamte amerikanische Wirtschaftsleben beherrschen, in deren Hörigkeit bekanntlich auch Europa nach dem Weltkriege mehr und mehr geraten ist. Bei der überragenden Bedeutung, die den Vereinigten Staaten von Nordamerika heute in der ganzen Welt zukommt, ist diese Feststellung sicher von besonderem Interesse auch für unsere Leser und diese werden mir daher gestatten, daß ich die überaus lehrreichen Darlegungen Sinclairs wenigstens auszugsweise in dieser Zeitschrift wiedergebe.

*) Der Parademarsch. Eine Studie über amerikanische Erziehung, von Upton Sinclair. Der Malik-Verlag, Berlin.